

Dass eine bloße Fusion viel einspart, „ist eine Fehlannahme“

Das gilt nicht nur für die Krankenkassen, sondern auch für Gemeindezusammenlegungen, sagt Experte Peter Bußjäger.

ZIM

WIEN. Die Debatte über die Sinnhaftigkeit der Kassenfusion – aktuell losgetreten von Tirols Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP) – ist nicht neu. Der Innsbrucker Föderalismusexperte Peter Bußjäger war einer jener, die bereits 2018 – im Jahr der Zusammenlegung – gewarnt haben. Vor allem davor, dass die Fusion der 21 Sozialversicherungsträger auf fünf nicht die erwarteten Einsparungen von bis zu einer Milliarde Euro bringen würde. Laut Rechnungshof ist das Gegenteil eingetreten: Die Fusion verursachte bisher Mehrkosten.



SN/APA/Guenther PEROUTKA

Die Fehlannahme sei gewesen, dass man durch „die bloße Fusionierung wahnsinnig viele Einsparungen verwirklichen kann“, sagt Bußjäger heute. „Das trifft aber offenkundig nicht zu. Es ist eine häufige Fehlannahme, dass man durch Fusionierungen hohe Einsparungen lukrieren kann. Das ist auch bei Gemeindefusionen oft nicht anders. Das belegen zahlreiche Studien.“ Warum? Weil man sich meist am jeweils höchsten Standard in den betroffenen Gemeinden orientiere. Abstriche wolle niemand machen. Im Fall der Kassenfusion wären für Einsparungen wohl auch Leistungskürzungen nötig, hatte Bußjäger bereits 2018 angemerkt.

Ordnung unter die einst 21 Sozialversicherungsträger zu bringen, sei aber ein berechtigtes Anliegen gewesen, betont er im SN-Gespräch. Nur hätte es bessere Möglichkeiten in der Umsetzung gegeben – und zwar solche, die auch weiter ein eigenständiges Wirtschaften der Länder ermöglicht hätten. Die Rücklagen jener, die schwarze Zahlen geschrieben hätten, „sind aber dahin. Insofern sind die Befürchtungen von damals eingetreten.“ Und da gebe er auch dem Tiroler Landeshauptmann recht, der wieder mehr Kompetenzen für die Länder fordert. „Grundsätzlich geht es darum, die Selbstverwaltung auf Länderebene wieder zu installieren“, so Bußjäger. Die Reform ganz rückgängig

zu machen, sei aber nicht sinnvoll. „Eine Vase, die zerschlagen ist, wird man nicht wieder zusammenkleben.“

Angesichts der enormen Probleme im Gesundheitsbereich sei die Fusion zwar ein „wesentliches Thema, aber sicher nicht das ausschließliche“, sagt Bußjäger und verweist vor allem auf die notwendige Entlastung der Spitalsambulanzen und den Ausbau des niedergelassenen Bereichs. „Spitalsaufenthalte sollten möglichst reduziert werden, denn das ist die teuerste Art der Behandlung.“ An einer besseren Patientensteuerung werde man auch den Erfolg einer Gesundheitsreform messen können. Im Reformprozess, der mit den Ländern ausgerufen wurde, spielt der Gesundheitsbereich eine zentrale Rolle. Man habe sich nun eineinhalb Jahre Zeit gegeben, um konkrete Vorschläge zu erarbeiten – „dem muss man eine Chance geben“. Für Bußjäger müsste es künftig im Gesundheitswesen vor allem möglich sein, Entscheidungen rascher zu treffen. „Einzelne Player in der Zielsteuerung sollten nicht mehr alles blockieren können“, sagt er.